Deutscher Bundestag **Drucksache 21/9079**

21. Wahlperiode 10.11.2026

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Bernd Schattner, Leif-Erik Holm, Steffen Kotré, Marc Bernhard, Enrico Komning, Raimond Scheirich, Bernd Schattner, Uwe Schulz, Mathias Weiser, Adam Balten, Dr. Rainer Kraft, Andreas Mayer, Christian Reck, Ruben Rupp, Georg Schroeter, Andreas Bleck, Dr. Michael Blos, Ingo Hahn, Karsten Hilse, Thomas Korell, Manuel Krauthausen, Marcel Queckemeyer, Dr. Paul Schmidt und der Fraktion der AfD

Insolvenzwelle stoppen – Deutsche Wirtschaft stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die strukturelle Schrumpfung der deutschen Wirtschaft treibt die Zahl der Firmenpleiten weiter in die Höhe. Im Juli 2026 haben die Amtsgerichte insgesamt 2.373 beantragte Unternehmensinsolvenzen registriert, wie das Statistische Bundesamt im Oktober mitteilte.[1] Von Januar bis Juli 2026 lagen die Unternehmensinsolvenzen um 6,9 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum.

Die Folgen dieser Insolvenzwelle sind kaum zu überblicken. Allein die Metall- und Autobranche hat in den vergangenen sieben Jahren 350.000 Stellen gestrichen. Weitere 300.000 Industriearbeitsplätze sind laut dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall in Gefahr.[2] Unzählige deutsche Unternehmen stecken in der Krise und planen Massenentlassungen. Der Automobilzulieferer Schäffler gab in der vergangenen Woche den Abbau von 3460 Arbeitsplätzen bekannt (https://www.bild.de/politik/inland/schliesst-vier-standorte-in-deutschland-job-schock-autozulieferer-schaeffler-streicht-3460-stellen-6ae9899208ca4edf91e64f5d). Der Volkswagen-Konzern plant, in Deutschland vier Werke zu schließen.[3] Insgesamt sollen bei VW langfristig 100.000 Stellen in Deutschland wegfallen – wovon 50.000 bereits beschlossen sind.[4] Stellenabbau und Fabrikschließungen treffen beim VW-Konzern disproportional die Standorte in Deutschland. Grund sind die extrem hohen Produktionskosten in Deutschland, die als die höchsten in der gesamten weltweiten Automobilindustrie gelten.[5] Ein

[1] https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Unternehmen/Gewerbemeldungen-Insvenzen/_inhalt.html
[2] https://www.bild.de/politik/inland/metaller-boss-schlaegt-alarm-weitere-300-000-metaller-jobs-vor-dem-aus-6ae9e3c070820d59f932a061
[3] https://www.n-tv.de/wirtschaft/Bericht-Stellenabbau-kostet-VW-zehn-Milliarden-Euro-id31290775.html
[4] https://www.welt.de/wirtschaft/plus6a9807c89452c5223823149e/tabubruch-bei-vw-50-000-jobs-vier-werke-und-die-nukleare-option.html
[5] https://www.youtube.com/watch?v=kRM_YHBrjqg

Hauptfaktor hierfür sind neben hohen Lohnnebenkosten und den Kosten der Bürokratie vor allem die im internationalen Vergleich sehr hohen Energiekosten.[6]

Volkswagen ist hierbei keine Ausnahme. Auch Porsche, BMW, Mercedes, MAN sowie zahlreiche Zulieferer der Automobilindustrie wie Siemens und Bosch bauen in gewaltigem Umfang Arbeitsplätze in Deutschland ab. Bereits zwischen 2019 und 2025 seien laut Verband der Automobilindustrie (VDA) in der Automobilindustrie in Deutschland rund 100.000 Jobs abgebaut worden. Bis 2035 sollen allein in dieser Branche in Deutschland 225.000 Stellen verschwinden.[7]

Derweil werden von den gleichen Unternehmen, die in Deutschland Stellen abbauen, im Ausland Erfolge gefeiert. So ist BMW inzwischen der wertmäßig größte Autoexporteur der USA geworden.[8] Mercedes verdoppelt derzeit seine Produktion in Ungarn[9] und investiert 7 Milliarden US-Dollar in den Ausbau seiner Produktionskapazitäten in den USA.[10]

Gerade deshalb brauche es jetzt entschlossenes wirtschaftspolitisches Handeln. Der aktuelle Beschluss des Koalitionsausschusses, die Energiesteuern auf Diesel und Benzin für zwei Monate zu senken, sei ein erster Schritt in die richtige Richtung.[11] Vor diesem Hintergrund ist es dringend angeraten, keine weitere Zeit zu verschwenden und notwendige Schritte zur Rettung der deutschen Wirtschaft einzuleiten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine Absenkung des Umsatzsteuersatzes auf Erdgas sowie Fernwärme auf den ermäßigten Satz von 7 Prozent durch eine entsprechende Änderung des Umsatzsteuergesetzes (UStG) umzusetzen, um die inflationsgetriebene Mehrbelastung direkt an der Basis zu reduzieren;
2. die Absenkung der Energiesteuersätze für Gas sowie sämtliche Kraftstoffe (Benzin, Diesel) auf die nach EU-Recht zulässigen Mindestsätze durch eine Änderung des Energiesteuergesetzes (EnergieStG) vorzunehmen;
3. die dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das EU-rechtliche Minimum für alle Verbrauchergruppen – ausdrücklich inklusive privater Haushalte sowie des Dienstleistungs- und Gewerbesektors – durch eine entsprechende Änderung des Stromsteuergesetzes (StromStG) vorzunehmen;
4. die sofortige Aussetzung der nationalen CO_2-Bepreisung im Rahmen des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) für Benzin, Diesel und alle Heizstoffe und mittelbar die vollständige und ersatzlose Abschaffung dieser zusätzlich zur Energiesteuer existierenden Doppelbelastung vorzunehmen, um die Mobilitäts- und Heizkosten dauerhaft zu senken und zu einer gesamtwirtschaftlichen Erholung beizutragen;
5. den Ausstieg aus dem EU-Emissionshandel durch Vorlagen zur Aufhebung des Treibhausgasemissionshandelsgesetzes (TEHG) zu vollziehen, um mit Blick auf die anstehende Einführung des EU-ETS II der Erfassung von

[6] https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/deutschland-nicht-wettbewerbsfahig-verbandschefin-kritisiert-zu-hohe-produktionkosten-von-autos-12343220.html
[7] https://www.automobil-produktion.de/management/die-radikalen-sparmassnahmen-der-autoindustrie-im-ueberblick/994682
[8] https://www.press.bmwgroup.com/global/article/detail/T0455989EN/bmw-group-remains-largest-automotive-exporter-by-value-in-the-united-states
[9] https://www.berliner-zeitung.de/article/mercedes-baut-ungarn-werk-aus-experte-warnt-vor-weiterem-abzug-aus-deutschland-10196799
[10] https://www.automotivemanufacturingsolutions.com/strategy/mercedes-commits-7bn-to-itsus-manufacturing-future/2639955
[11] https://www.n-tv.de/wirtschaft/Immer-mehr-Insolvenzen-in-Deutschland-id30711566.html

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Kraft- und Heizstoffen durch den Zertifikatehandel und der damit einhergehenden drastischen Kostensteigerungen zu entgehen;

6. Regulierungen zur Treibhausgasminderungsquote vorzunehmen, um das obligatorische Beimischen CO_2-emissionsarmer und kostspieliger Energieträger zu vermeiden und damit zur Minderung der Energiekosten und zur Entbürokratisierung beizutragen;
7. konstruktiv auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland aufgehoben werden, um den Handel insbesondere in Bezug auf Gas- und Öllieferungen wieder einzusetzen;
8. den Handel und gute Wirtschaftsbeziehungen mit den rohstoffreichsten Ländern der Welt prioritär auf die Regierungsagenda zu setzen und hierfür insbesondere die Möglichkeiten der AHKs zu nutzen;
9. schnellstmöglich internationale Abkommen bzw. Vereinbarungen zu klimaschutzpolitischen Verpflichtungen aufzukündigen, da der Verbleib in Bezug auf Sinnhaftigkeit, Kosten-Nutzen sowie Wirkung auf die deutsche Wirtschaft klar negativ und schädlich zu bewerten ist;
10. alle unnötigen Entwicklungshilfeleistungen, insbesondere gender- und klimaspezifische sowie ideologiebasierte Projekte sofort einzustellen, die keinen wirtschaftlichen Nutzen für Deutschland haben;
11. die außenwirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland zu stärken, indem die Aufgaben des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in das Auswärtige Amt sowie das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie eingegliedert werden;
12. Kernenergie als umweltfreundliche und saubere Energiequelle gemäß der EU-Energie-Taxonomie einstufen und konkrete Schritte zur Unterstützung der Kernenergie durch insbesondere verbindliche und entschädigungsbewehrte Laufzeitzusagen im deutschen Energierecht und im Atomgesetz einzuleiten, sowie darauf hinzuwirken, dass bestehende Kernkraftwerke, soweit möglich, in Deutschland wieder ans Netz gebracht werden und die Kohleverstromung als grundlastfähige Energiequelle weiter laufen zu lassen;
13. den Abbau von Personalaufwüchsen in staatlichen Behörden zu prüfen sowie die Förderung von Nichtregierungsorganisationen (NGO) und privatrechtlichen Stiftungen zu überprüfen und ggf. zu streichen.

Berlin, den 10. November 2026

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.